

Bewohnerinnen und Bewohner
der ZAAB Bramsche-Hesepe

An
Christian Lüttgau und
Niedersächsisches Innenministerium

Kantinenessen, Lagerschule

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir, Bewohnerinnen und Bewohner der ZAAB Bramsche-Hesepe, schließen uns den Forderungen an, die während des Streiks der Flüchtlinge in der ZAAB Oldenburg erhoben wurden. Wir verweisen darauf, daß Bramsche eine Außenstelle der ZAAB Oldenburg ist und fordern, daß Bramsche-Hesepe in die anstehenden Gespräche über die Unterbringung mit einbezogen wird. Zumal sich die Lebensbedingungen in beiden Lagern sehr ähnlich sind.

Für Bramsche kommt hinzu, daß wir hier mit unseren Kindern leben müssen, wodurch sich die Situation, was die Ernährung durch das Kantinenessen angeht, noch einmal erschwert. Als Eltern sind wir dafür verantwortlich, daß unsere Kinder gesund aufwachsen. Das betrifft auch die Schwierigkeiten bei der medizinischen Versorgung. Wir haben nicht das Recht auf freie Arztwahl und ärztliche Verordnungen werden häufig von der Sozialstation verweigert.

Zudem möchten wir darauf hinweisen, daß die schulische Versorgung für unsere Kinder unbefriedigend ist. Sie klagen immer wieder darüber, daß sie in der lagereigenen Schule nicht richtig lernen können. Bei Krankheit eines Lehrers fällt der Unterricht ganz aus.

Für die Familien ist die Wohnsituation insgesamt schwierig. Fünf- bis sechsköpfige Familien müssen sich einen gemeinsamen Raum teilen. Die Eltern haben keinen Raum für eine Privatsphäre und auch für Jugendliche und Heranwachsende ergeben sich große Probleme, wenn sie keinen getrennten Raum für sich zur Verfügung haben.

Am Mittwoch, den 8. November, haben wir einen Warnstreik durchgeführt, um diese Zusammenhänge deutlich zu machen. Mit dem heutigen Tag treten wir in einen unbefristeten Streik, wir werden nicht mehr in der Kantine essen. Mit diesem Streik wollen wir erreichen, daß Gespräche mit den Verantwortlichen über die Lebensbedingungen im Lager stattfinden. Unser größter Wunsch ist, in eigenen Wohnungen leben zu können, mit einem Alltag, wie ihn alle Menschen in diesem Land haben. Zumindest aber müssen die Bedingungen in dem Lager verbessert werden.

Bereits im März diesen Jahres haben wir einen Brief dem Innenministerium und Vertretern und Vertreterinnen des Landtages überbracht. Es sind dem weder Gespräche oder Taten gefolgt, die die Situation geändert hätten. Das einzige, was wir festgestellt haben, ist, daß ein großes Interesse der Medienöffentlichkeit gegeben hat. Es wird Zeit, daß auch Taten folgen.

Unsere Proteste waren friedlich, sie sollen friedlich bleiben, aber wir werden solange nicht aufgeben, wie die Forderungen nicht erfüllt sind.

Wir fordern:

- ★ ernsthafte Gespräche, in denen es nicht nur um Rechtfertigungen geht, sondern darum, daß wir im Rahmen der Möglichkeiten menschenwürdig leben wollen
- ★ Schließung der Kantine, stattdessen die selbstständige Versorgung mit Lebensmitteln und die Möglichkeit, Essen selbst zuzubereiten
- ★ Schließung der Lagerschule, stattdessen der Besuch aller Kinder von Regelschulen mit entsprechenden sinnvollen Förderprogrammen
- ★ angemessene medizinische Versorgung, was bedeutet: freie Arztwahl, Gewährung von medizinischen Leistungen.